

# Kantonsrat will den Grünen keine Fraktion zugestehen



**Verschöpfung im Gang?** Urs Roth, Yvonne Suter und Peter Göldi (von links) haben während der Session etwas Wichtiges zu besprechen.

Bilder Regina Kühne



**Anschluss gesucht:** Silvia Kündig-Schlumpf darf mit ihren grünen Parteikollegen keine eigene Fraktion bilden.

**Die Grünen können keine Fraktion bilden. Der Kantonsrat hat sich klar gegen eine kleinere Mindestgrösse von Fraktionen ausgesprochen. Am letzten Sessionstag stimmte der Rat einer Verschärfung des Hooligan-Konkordats zu.**

Von Marc Allemann

St. Gallen. – Waren die Räte am ersten Sessionstag am Montag beinahe eingeschlafen, machten sie am Dienstag umso schneller vorwärts.

Die Session endete mit einer bitteren Pille für die grünen Kantonsräte. Sie hatten in einer dringlichen Motion beantragt, die minimale Fraktionsgrösse von sieben auf fünf Sitze zu verkleinern. Hintergrund des Vorstosses war, dass die Grünen bei den Kantonsratswahlen einen Sitz dazugewonnen hatten. Zusätzlich stehen EVP und GLP nicht als Fraktionspartner zur Verfügung.

Für die Verkleinerung der Minimalgrösse der Fraktionen sprechen die Regelungen in den meisten anderen

Kantonen sowie im Bundesparlament: Dort sind Fünferfraktionen erlaubt. Nur in Genf und St. Gallen sind Siebenerfraktionen die Untergrenze.

Obwohl die SP und das Ratspräsidium hinter der Forderung der Grünen standen, wurde die Motion klar abgelehnt. Das bürgerliche Lager argumentierte, dass eine Fünferfraktion in den meisten Kommissionen nicht vertreten sein würde. Die SP ihrerseits wollte nur zustimmen, wenn den kleinen Fraktionen künftig mindestens ein Sitz in jeder Kommission zugestanden würde.

Für Ratslinke und CVP ist das Scheitern des grünen Vorstosses aber ein versteckter Segen. Die zusätzliche grüne Fraktion hätte bei unverändertem Verteilschlüssel dazu geführt, dass SVP und FDP in den Kommissionen die Mehrheit erhalten hätten.

**Bewilligungspflicht für Sportanlagen**  
Der Rat stimmte gestern als erstes kantonales Parlament einer Verschärfung des «Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen» zu.

Fussball- und Hockeyspiele in den

oberen Ligen sind damit neu bewilligungspflichtig. Die Behörden können den Klubs Auflagen zur Stadionordnung, zu Sicherheitsvorkehrungen und über die An- und Abreise der Fans machen. Auch ein Alkoholverbot an Sportveranstaltungen ist möglich.

Einige SPler kritisierten, die Verschärfungen seien unnötig. Die Mehrheit der SP unterstützte jedoch die Vorlage, sagte Josef Kofler (SP, Uznach). Laut Regierungsrätin Karin Keller-Sutter trägt die Verschärfung des Konkordats dazu bei, Sportklubs in die Verantwortung zu nehmen.

**Unzufriedene Linthgebietler**

Die Kantonsräte aus dem Linthgebiet bäumten sich gestern gleich mehrmals auf. Urs Roth (CVP, Amden) kritisierte eine Regierungsantwort zur angedachten Solaranlage am Walensee. In einer Interpellation hatte er die Regierung aufgefordert, sich hinter das Projekt zu stellen. Die Regierung versteckte sich hinter rechtlichen Bedenken, anstatt ein Zeichen für eine energiefreundliche Zukunft zu setzen, so Roth.

Ebenfalls äusserst unzufrieden gab

sich Peter Zuberbühler (FDP, Gommiswald). Zusammen mit Marie-Theres Huser (FDP, Rapperswil-Jona) hatte er die Regierung aufgefordert, sich stärker für die Erdverlegung von Stromleitungen einzusetzen. In der abschlägigen Regierungsantwort vermisse er die nötige raumplanerische Weitsicht.

Zu guter Letzt ging Yvonne Suter (CVP, Rapperswil-Jona) hart mit der Regierung ins Gericht. Diese hatte ihr in einer Interpellationsantwort beschiednen, dass der Neubau der Berufsschule nicht vorgezogen werden könne. Sie sehe sich gezwungen, die Regierung mit Vorstössen auf Trab zu halten, wenn sie ihren Worten nicht Taten folgen lasse.

Auf Trab hielten die Kantonsräte aus dem Linthgebiet die Regierung dann mit einer neuen Interpellation zum Bahnprojekt «Bodensee-Rheintal-Y» (siehe Einspalter rechts). In der von 20 Kantonsräten unterzeichneten Interpellation fragten Suter und Peter Göldi (CVP, Gommiswald), ob der Ausbau des öffentlichen Verkehrs im Rheintal nicht geplante Verbesserungen im Linthgebiet gefährde.

## Fraktionen stehen hinter Bahnprojekt

St. Gallen. – Alle Fraktionen des Kantonsrats stehen hinter dem von den Ständeräten Karin Keller-Sutter und Paul Rechsteiner lancierten Eisenbahnkonzept «Bodensee-Rheintal-Y». Das erklärten sie am Dienstag im Parlament. Für die Umsetzung des Konzeptes sind in einem ersten Schritt Investitionen in die Schieneninfrastruktur von 400 bis 600 Millionen Franken notwendig. Diese teilen sich wie folgt auf: 100 bis 150 Millionen Franken für die Ausbauten im Rheintal, 280 bis 400 Millionen Franken für die Ausbauten der Bodenseelinie. Volkswirtschaftsdirktor Benedikt Würth sagte im Parlament, es sei wichtig, alle Kräfte zu bündeln, um sich für eine Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs in der Ostschweiz und im Verteilungskampf um Bundesgelder einzusetzen. Die Ostschweizer Regierungen stehen laut Würth auch hinter dem Konzept. (sda)

## Zwölf Millionen für die Energieförderung

St. Gallen. – Der Kanton St. Gallen setzt von 2013 bis 2017 zwölf Millionen für sein Energieförderungsprogramm ein: Der Kantonsrat stimmte am Dienstag einem Sonderkredit zu. Das sind 20 Prozent mehr als von 2008 bis 2012 freigemacht wurden.

Die SP-Fraktion wollte 14,4 Millionen Franken einsetzen zur Förderung erneuerbarer Energien und das mit einer Laufzeit von lediglich drei Jahren. Die Grünen beantragten eine Laufzeit von zwei Jahren und einen Sonderkredit von 14 Millionen Franken. Beide Anträge hatten im Rat keine Chance. (sda)

## Keine Sondersession für das Sparpaket

St. Gallen. – Der St. Galler Kantonsrat wird das 200-Millionen-Sparpaket im Anschluss an die Junisession an einem Tag behandeln. Ein Antrag der SP, eine zweitägige Sondersession zwischen Juni und September abzuhalten, wurde abgelehnt. Der Kantonsrat sagte mit 80 zu 25 Stimmen bei vier Enthaltungen Nein zum SP-Antrag. Die SP-Sprecher hatten votiert, eine seriöse Behandlung des Sparpaketes brauche Zeit. Jetzt dauert die Junisession des St. Galler Kantonsrats vier Tage, wie Parlamentspräsident Karl Güntzel erklärte. (sda)

## Millionen für die Toggenburger Fusion

St. Gallen. – Die geplante Fusion der zwei Toggenburger Gemeinden Nesslau-Krummenau und Stein wird vom Kanton St. Gallen mit 4,04 Millionen Franken gefördert: Diesen Beitrag bewilligte der Kantonsrat am Dienstag ohne Opposition. Die Gemeinden wollen 2013 zusammengehen. Die Einwohner beider Gemeinden haben der Fusion in einer Grundsatzabstimmung mit jeweils über 85 Prozent zugestimmt. Die neue Gemeinde heisst Nesslau. Dort wohnen dann gleich zwei Schwingerkönige: Noldi Forrer und Jörg Abderhalden. (sda)

## Neues Gesetz soll Behinderten helfen

St. Gallen. – Die soziale Sicherung und Integration von behinderten Menschen wird im Kanton St. Gallen gesetzlich neu geregelt: Der Kantonsrat hat dem von der Regierung vorgelegten Gesetz am Dienstag mit grossem Mehr zugestimmt. Der Kanton fördert mit dem Gesetz die Durchlässigkeit zwischen öffentlichen Grundleistungen und spezialisierten Angeboten für behinderte Menschen. Die Vorlage war im Parlament in der ersten Lesung unbestritten. (sda)

# Zwei Powerfrauen verlassen die Regierung

**Die abtretenden Regierungsrätinnen Kathrin Hilber und Karin Keller-Sutter erhielten am letzten Sessionstag tosenden Applaus. Die Abschiedsreden der beiden Frauen waren so verschieden wie ihre Politik.**

Von Marc Allemann

St. Gallen. – Es war ihr letzter Arbeitstag im kantonalen Parlament: Karin Keller-Sutter (FDP) zieht in den Ständerat, Kathrin Hilber (SP) zieht sich aus der Politik zurück.

Ihre Abschiedsreden hätten unterschiedlicher nicht sein können. Hilber unterstrich, warum sie in die Politik gegangen sei. Politik setze die Spielregeln im Zusammenleben, verteile Chancen und Risiken und regle das Gemeinschaftliche.

**Kein Gurkensalat**

Anders als die Autonomen Linken der 80er-Jahre habe sie aus dem Staat nie Gurkensalat machen wollen, so Hilber. Der Staat sei für sie immer etwas

Positives gewesen, da er sich für das Gemeinwohl einsetze. Sogleich fügte Hilber aber an: «Bei den übertriebenen Vorstellungen zu Kürzungs- und Abbaumassnahmen sieht es oft so aus, als ob die Ratsrechte aus dem Staat ein

schwächliches Ding, also Gurkensalat, machen will.»

Hilber forderte den Rat dazu auf, der Regierung wieder vermehrt das Vertrauen zu schenken. Im Jahr 2000 als Regierungsrätin gewählt, hat sie



**Treten ab:** Die Regierungsrätinnen Kathrin Hilber (links) und Karin Keller-Sutter erhalten als Dank Blumen und Applaus.

Bild Regina Kühne

insgesamt 26 Jahre im Kantonsratssaal verbracht.

Karin Keller-Sutter bestätigte in ihrer Abschiedsrede ihren Ruf als Politikerin, die an die Härte des Gesetzes glaubt. Es sei wichtig, dass das Gewaltmonopol des Staates unantastbar bleibe. Freiheit existiere nur, wenn die von der Gesellschaft aufgestellten Regeln auch eingehalten würden, betonte Keller-Sutter: «Ständige Regelverstösse wirken zersetzend und führen letztlich zur Anarchie.»

**Aufruf zum Sparen**

Die Regierungspräsidentin machte sich noch ein letztes Mal für das Sparpaket stark, das an der Junisession behandelt wird. Nur eine stabile finanzielle Grundlage mache den Staat zu einem verlässlichen Partner.

Für Keller-Sutter ist es ein Kompliment, dass der Regierungsrat von den Medien oft als langweilig eingestuft werde. Das kollegiale Konkordanzsystem sei eine wesentliche Stärke des schweizerischen Staatswesens.

Karin Keller-Sutter war ebenfalls seit 2000 Regierungsrätin. Sie war 1996 in den Kantonsrat gewählt worden.